

FRAGE

Die CSU will die Auswirkungen der Nullzinspolitik der EZB auf Sparer abfedern und Altersvorsorge durch Aktiensparen fördern. Dazu wird insbesondere die Wiedereinführung einer Spekulationsfrist bei Aktien vorgeschlagen (wer Aktien oder Anleihen länger als fünf Jahre hält, wird von der Steuerpflicht freigestellt). Halten Sie die Wiedereinführung einer Spekulationsfrist für Aktien für sinnvoll, um Aktiensparen als Bestandteil der Altersvorsorge attraktiver zu machen? Kurze Begründung:

Prof. Dr. Martin Kocher Lehrstuhlinhaber, Verhaltensökonomik und experimentelle Wirtschaftsforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München:

Erträge sollten möglichst uniform besteuert werden. Es gibt bessere Vorsorgeförderung als die Spekulationsfrist.

Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

Die Spekulationsfrist bei Aktien darf für Privatanleger maximal ein Jahr betragen. Die geplante Transaktionssteuer ist Gift für Privatanleger und Altersvorsorge.

Prof. Dr. Juergen B. Donges Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität zu Köln:

Wer Aktien für seine eigene Altersvorsorge erwerben will, sollte nicht Spekulationsideen haben und bedarf daher keiner staatlichen Befreiung von einer Spekulationsfrist.

Dr. Daniel Hartmann Chefvolkswirt, Bantleon AG:

Man sollte nicht einzelne Assetklassen bevor- oder benachteiligen.

Carsten Brzeski ING, Chefvolkswirt Deutschland:

Ganz allgemein sind Anreize für „normale“ Sparer, um mehr langfristige Investitionen in Aktien zu fördern, zu begrüßen.

Dr. Manfred Schweren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Man sollte zusätzlich einen Höchstbetrag für steuerfreie Kursgewinne einrichten, um nur das private Vorsorgesparen zu fördern.

Prof. Dr. Juergen von Hagen Lehrstuhl am Institut für International Wirtschaftspolitik, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn:

und zwar unabhängig von der EZB-Politik

Prof. Dr. Martin Leschke Lehrstuhl VWL V Insb. Institutionenökonomik, Universität Bayreuth:

Eine langfristige Perspektive tut dem Aktienmarkt gut-

Dr. Michael Stahl Geschäftsführer Volkswirtschaft/Bildung, Arbeitgeberverband Gesamtmetall:
Aber um die Aktienkultur in Deutschland wirklich und nachhaltig zu ändern wird das zu wenig sein.

Uwe Burkert LBBW, Chefvolkswirt:
Steuerlicher Anreiz ist sehr hilfreich

Prof. Dr. Vincenz Timmermann Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre II, insb. Geldtheorie, Universität Hamburg:
Passt nicht zur Aktienanlage

Dr. Thomas Gitzel Chief Economist, VP Bank Gruppe:
Aktiensparen macht auch erforderlich, dass Titel auch rasch verkauft werden können.

Prof. Dr. Gerhard Wegner Lehrstuhl für Institutionenökonomie und Wirtschaftspolitik, Universität Erfurt:
Es gibt zum Aktiensparen kaum noch Alternativen für Sparer. Aktiensparen wird gegenüber anderen Sparalternativen derzeit benachteiligt.

Prof. Dr. Christoph Merkle Associate Professor, Department of Economics and Business Economics, Aarhus University:
Die Maßnahme wird allerdings konterkariert von dem gleichzeitigen Plan einer Finanztransaktionssteuer, die in ihrer jetzigen Ausgestaltung in erster Linie Kleinanleger trifft.

Volker Hofmann Direktor, Wirtschaftspolitik und internationale Beziehungen, Bundesverband deutscher Banken:
Die „Aktienkultur“ in Deutschland hat erheblichen Entwicklungsbedarf. Leider ist die geplante „Finanztransaktionssteuer“ ein weiterer Mühlstein für potenzielle Aktieninvestoren.

Prof. Dr. Bruno Schönfelder Lehrstuhl für Allgemeine VWL, TU Bergakademie Freiberg:
bei geringen Realzinsen und Inflationsraten ist die aktuelle Form der Besteuerung vor allem eine Scheingewinnbesteuerung. Das würde dadurch abgemildert.

Prof. Dr. Karl Mosler Lehrstuhl für Statistik und Ökonometrie, Universität zu Köln:
Um das Aktiensparen fürs Alter attraktiv zu machen, wäre es sinnvoller, den Altersfreibetrag bei der Einkommenssteuer zu erhöhen, allerdings dann für alle Einkommensarten.

Prof. Dr. Friedrich Heinemann Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und Öffentliche Finanzwirtschaft und außerplanmäßiger Professor für Volkswirtschaftslehre, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim:
Wertpapiere werden gegenüber Investitionen in Immobilien steuerlich benachteiligt. Dies ist mit ein Grund für die gefährlich einseitige Allokation vieler privater Vermögen mit dem Schwerpunkt Immobilien. Die Erträge von Wertpapierinvestitionen sollten im Prinzip gleich wie die von Immobilien



besteuert werden. Entweder schafft man die Privilegien für die Immobilien ab oder man weitet die Privilegien auf andere Asset-Klassen aus. Das wäre der Weg in Richtung steuerliche Neutralität.

Prof. Dr. Christian Schwens Betriebswirtschaftslehre , Universität zu Köln:

die Niedrigzinsen machen es zwingend erforderlich Alternativen zu fördern.

Dr. Hendrik Leber Geschäftsführender Gesellschafter, ACATIS Anlageberatung für Investmentfonds GmbH:

Eine Steuerbefreiung ist eine notwendige, aber keine hinreichende Voraussetzung, um das Aktiensparen wieder attraktiver zu machen.

FRAGE

Sollte Aktiensparen generell als Bestandteil der Altersvorsorge stärker gefördert werden?

Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

Primär notwendig ist eine Änderung der EZB-Politik! Die Politik lebt zu Lasten der Älteren und Sparsameren. Ein effizientes breites Geld- und Finanzmarktsystem statt einer Lenkung der Altersersparnisse.

Prof. Dr. Juergen B. Donges Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität zu Köln:
Zweckmäßiger wäre es, mit staatlicher Hilfe die betriebliche Altersvorsorge auszubauen, insbesondere bezüglich von Geringverdienern und bei kleinen und mittleren Unternehmen.

Dr. Daniel Hartmann Chefvolkswirt, Bantleon AG:

Die Altersvorsorge sollte generell steuerlich gefördert, aber nicht einzelnen Assetklassen gezielt bevorzugt werden. Am besten wäre es die Riester-Rente zu vereinfachen.

Dr. Manfred Schweren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Wichtig ist eine „Förderung“ über zusätzliche Bildungsangebote, um den Menschen die Vorteile dieser Anlage zu vermitteln.

Prof. Dr. Martin Leschke Lehrstuhl VWL V Insb. Institutionenökonomik, Universität Bayreuth:
Weitere Marktinterventionen sind nicht nötig.

Prof. Dr. Vincenz Timmermann Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre II, insb. Geldtheorie, Universität Hamburg:

Durch mehr Information und Werbung

Dr. Dirk Ehnts Dozent, TU Chemnitz :

Die Altersvorsorge sollte nicht von den Launen des Finanzmarktes abhängen.

Prof. Dr. Christoph Merkle Associate Professor, Department of Economics and Business Economics, Aarhus University:

Im Prinzip ist eine (finanzielle) Förderung des Aktiensparens nicht notwendig, da die langfristigen Renditen für sich sprechen. Es sollte allerdings über eine Restrukturierung der betrieblichen Altersvorsorge nachgedacht werden, die Aktienanlagen in dieser Säule stärkt.

Volker Hofmann Direktor, Wirtschaftspolitik und internationale Beziehungen, Bundesverband deutscher Banken:

Altersvorsorgespargen muss breit (diversifiziert) aufgestellt sein.



Prof. Dr. Bruno Schönfelder Lehrstuhl für Allgemeine VWL, TU Bergakademie Freiberg:
das reduziert die Staatsabhängigkeit

Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang Univ.-Prof. i.R., FOM - Hochschule für Oekonomie und Management:

Solche Anlagen sollten nicht den privaten Laien überlassen werden, ihnen fehlen die notwendigen Kenntnisse.

Prof. Dr. Christian Schwens Betriebswirtschaftslehre , Universität zu Köln:
die Niedrigzinsen machen es zwingend erforderlich Alternativen zu fördern.

FRAGE

Wie bewerten Sie weitere CSU-Vorschläge, um die Folgen der Niedrigzinsen abzufedern: Halten Sie den Vorschlag für sinnvoll, Banken dazu zu verpflichten, ein kostenloses Basiskonto anzubieten und eine festverzinsliche Innovationsanleihe mit staatlich garantiertem Zins von zwei Prozent bei zehn Jahren Laufzeit herausgegeben von der staatlichen KfW-Bank einzuführen? Die Mittel sollen in Start-ups investiert werden.

Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

Der Negativzinssatz muss weg, Die Politisierung der Finanzmärkte ruiniert sie nachhaltig.

Prof. Dr. Klaus-Dirk Henke Lehrstuhl für Finanzwissenschaft und Gesundheitsökonomie, Technische Universität Berlin:

Dem Wettbewerb unter den Banken sollte man vertrauen und ihn ggfs. fördern

Prof. Dr. Juergen B. Donges Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität zu Köln:

Der Staat sollte nicht zusätzlich zur EZB den Marktmechanismus im Finanzsystem verzerren.

Carsten Brzeski ING, Chefvolkswirt Deutschland:

Die Finanzmärkte werfen dem Staat das Geld hinterher. Man sollte besser die aktuellen Marktzinsen benutzen, anstatt einen 2-Prozent Coupon anzubieten.

Dr. Manfred Schweren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Die Finanzierungsmöglichkeiten für Start-Ups halte ich für ausreichend. Eine solche Anleihe fördert eher Fehlallokation von Kapital.

Prof. Dr. Martin Leschke Lehrstuhl VWL V Insb. Institutionenökonomik, Universität Bayreuth:

Wir sollten liebe raus aus der Negativzinspolitik, statt den Marktmechanismus durch Feinregulierung immer mehr abzuschaffen.

Uwe Burkert LBBW, Chefvolkswirt:

Risiko von Start-ups ist zu groß

Prof. Dr. Oliver Landmann Direktor der Abteilung für Wirtschaftstheorie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Undurchdacht. Warum sollte man 2% Zins zahlen, wenn man das Geld zu einem negativen Zins erhalten kann?

Prof. Dr. Vincenz Timmermann Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre II, insb. Geldtheorie, Universität Hamburg:

Aber der Garantiezins von 2% ist zu hoch

Dr. Thomas Gitzel Chief Economist, VP Bank Gruppe:

Der Zwang zum Bereitstellen eines kostenlosen Basiskontos wäre ein drastischer Markteingriff des Staates. Das wäre in etwa so, wenn der Staat von der Automobilwirtschaft fordern würde, ein Auto mit einer günstigen Leasingrate bereit zu stellen. Es muss doch vielmehr von der EZB die Frage gestellt werden, wie sinnvoll noch Negativzinsen sind. Wir brauchen dringend innovative Ideen zur Finanzierung von Start-ups. Deutschland bzw. Europa spielt bspw. am Markt für Venture-Capital kaum eine Rolle.

Prof. Dr. Gerhard Wegner Lehrstuhl für Institutionenökonomie und Wirtschaftspolitik, Universität Erfurt:

Innovationsförderung sollte besser durch niedrigere Unternehmenssteuerung betrieben werden.

Dr. Dirk Ehnts Dozent, TU Chemnitz :

Es gibt bereits genügend Instrumente für die Umverteilung. Mir ist nicht klar, warum jetzt der Staat und damit wir alle unnötig hohe Zinsen zahlen sollen an Leute, die nicht wissen wohin mit ihrem Geld.

Prof. Dr. Christoph Merkle Associate Professor, Department of Economics and Business Economics, Aarhus University:

Der Staat ist kein guter Investor, womöglich würde sich das als Zuschussgeschäft erweisen.

Prof. Dr. Bruno Schönfelder Lehrstuhl für Allgemeine VWL, TU Bergakademie Freiberg:
derart illiberale Ideen hätte ich der CSU nicht zugetraut

Prof. Dr. Klaus Röder Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insb. Finanzdienstleistungen, Universität Regensburg:

Ähnliche Anleihen gab es bereits. Hier müssten klare Maximalbeträge z.B. 5000 EUR je Person vorgegeben werden.

Prof. Dr. Friedrich Heinemann Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und Öffentliche Finanzwirtschaft und außerplanmäßiger Professor für Volkswirtschaftslehre, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim:

Das ist Planwirtschaft. Innovationen sollten über Venture Capital-Märkte und ähnliches finanziert werden. Die Politik sollte Sparern Wege eröffnen, in solchen privaten Märkten auch mit kleinen Beträgen mitzumischen.

Dr. Hendrik Leber Geschäftsführender Gesellschafter, ACATIS Anlageberatung für Investmentfonds GmbH:

Start-up Förderung ist sinnvoll, aber warum mit einer Innovationsanleihe. Das ergibt keinen unmittelbaren Sinn.

FRAGE

Die neuen SPD-Kovorsitzenden Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans haben den Vorschlag unterbreitet, Wertzuwächse bei Immobilien zu besteuern. Ziel sei es, „einen Teil der Gewinne abzuschöpfen“. Halten Sie diesen Vorschlag für sinnvoll?

Ihr Kommentar:

Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

Immobilien sind bereits extrem belastet. Die Mieten werden steigen oder die Wohnungsqualität sinken. Die Wertzuwächse sind durch die Vielzahl der Investoren und die Nachfrage entstanden, nicht durch die Politik! Es sind keine reinen windfall-profits.

Prof. Dr. Klaus-Dirk Henke Lehrstuhl für Finanzwissenschaft und Gesundheitsökonomie, Technische Universität Berlin:

das Angebot an Immobilien muss gestärkt werden und mehr Wettbewerb ermöglichen

Prof. Dr. Juergen B. Donges Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität zu Köln:

Es gibt bereits die Grundsteuer. Und übrigens: warum Wertzuwächse nur bei Immobilien besteuern wollen und nicht auch bei Gemälden, Schmuck u.dgl.m. Dass SPD-Funktionären immer wieder nur einfällt, wie man den Steuerbürger schröpfen kann ist traurig.

Dr. Daniel Hartmann Chefvolkswirt, Bantleon AG:

Die Maßnahme würde sich negativ auf die Bauaktivität auswirken und damit den Wohnungsmangel verstärken. Die ständigen Forderungen nach höheren Steuern belasten überdies das Wirtschaftsklima. Außerdem verfügt der Staat gegenwärtig über genügend Einnahmen.

Dr. Manfred Schveren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Eine ganz fatale und dumme Idee. Wir brauchen mehr Investoren im Wohnungsbau. Investoren sollen nicht abgeschreckt werden.

Prof. Dr. Martin Leschke Lehrstuhl VWL V Insb. Institutionenökonomik, Universität Bayreuth:

Das sorgt letztlich für eine noch stärkere Eigentumskonzentration.

Uwe Burkert LBBW, Chefvolkswirt:

Besteuerung bei Veräußerung reicht.

Dr. Thomas Gitzel Chief Economist, VP Bank Gruppe:

Immobilienbesitzer werden derzeit ordentlich in die Zange genommen. Die Mietpreisbremse schreckt derzeit bereits schon Investoren ab. Die Besteuerung von Wertzuwächsen bei Immobilien hätte wohl eine ähnliche Wirkung. Es muss doch darum gehen, nach Lösungen zu suchen, die neuen Wohnraum schaffen. Sinnvoller wäre es Bauverordnungen ausdünnen und mehr Bauraum auszuweisen.

Prof. Dr. Gerhard Wegner Lehrstuhl für Institutionenökonomie und Wirtschaftspolitik, Universität Erfurt:

Das würde auf eine substanzzehrende Vermögenssteuer hinauslaufen, die zum Verkauf zwingen kann.

Dr. Dirk Ehnts Dozent, TU Chemnitz :

Unverdientes Einkommen sollte zu einem möglichst großen Teil wegbesteuert werden.

Dr. Boris Augurzky Kompetenzbereichsleiter Gesundheit, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Buchwerte zu besteuern ist nicht sinnvoll. Woher sollen die Menschen das Geld nehmen, um die Steuer zu bezahlen? Besteuern kann man nur realisierte Gewinne. Das passiert heute aber schon. Insofern besteht kein Handlungsbedarf.

Volker Hofmann Direktor, Wirtschaftspolitik und internationale Beziehungen, Bundesverband deutscher Banken:

Extrem komplizierte und „gestaltungsanfällige“ Bewertung; extrem hohe Erhebungs-/Verwaltungskosten.

Prof. Dr. Ralf Fendel Lehrstuhl für Monetäre Ökonomik, WHU – Otto Beisheim School of Management:

Selektiv nur Wertzuwächse bei Immobilien zu besteuern ist inkonsistent; was ist mit anderen Vermögensgegenständen die Wertzuwächse erfahren?

Prof. Dr. Bruno Schönfelder Lehrstuhl für Allgemeine VWL, TU Bergakademie Freiberg:

die werden über die Grunderwerbssteuer bereits besteuert, ebenso im Prinzip über die Grundsteuer. Es wäre eine Dreifachbesteuerung. Sinnvoller wäre es, die anderen zwei Steuern in dem Sinne zu reformieren, dass sie auch hinsichtlich ihrer formalen Inzidenz stärker an die realen Erträge angebunden wären. Das liefe auf Reduktion auf eine Grundsteuer und Abschaffung der Grunderwerbsteuer hinaus.

Prof. Dr. Karl Mosler Lehrstuhl für Statistik und Ökonometrie, Universität zu Köln:

Ja, soweit es sich um Gewinne handelt, die durch öffentliche Planung, insbesondere die Ausweisung von Bauland, entstehen.

Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang Univ.-Prof. i.R., FOM - Hochschule für Oekonomie und Management:

Wertzuwächse können ja nur bei Verkäufen festgestellt werden und was soll geschehen, wenn die Werte sinken?



Prof. Dr. Friedrich Heinemann Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und Öffentliche Finanzwirtschaft und außerplanmäßiger Professor für Volkswirtschaftslehre, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim:

Das deutsche Steuersystem krankt an einer Privilegierung von Investitionen in Immobilien. Der Wohnwert der selbst genutzten Immobilie ist ebenso steuerfrei wie der Wertzuwachs. Hingegen werden laufende Renditen und Wertzuwächse anderer Asset-Klassen besteuert. Das wirkt verzerrend und führt zu einer problematischen Konzentration des Vermögens auf Immobilien.

Prof. Dr. Michael Frenkel Lehrstuhl für Makroökonomik, WHU – Otto Beisheim School of Management:

Unrealisierte Gewinne sollten nicht besteuert werden.

Prof. Dr. Matthias Wrede Lehrstuhl für Sozialpolitik, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg:

Kommt darauf an

Dr. Hendrik Leber Geschäftsführender Gesellschafter, ACATIS Anlageberatung für Investmentfonds GmbH:

Wenn man mehr Immobilien haben möchte, sollte man sie attraktiver und nicht unattraktiver machen.

Prof. Dr. Friedrich Breyer Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialpolitik, Universität Konstanz:

Jein! Es kommt darauf an, wodurch Wertzuwächse entstanden sind. Falls sie durch Änderung der Marktverhältnisse zustande kommen, sollten sie nicht besteuert werden. Anders sieht es aus, wenn sie auf staatliche Planung zurückgehen, vor allem auf die Ausweisung eines neuen Baugebiets, wenn der Boden zuvor reines Ackerland war. Wertzuwächse, die der Staat selber herbeigeführt hat, sollte er weitgehend abschöpfen können.

FRAGE

Hat sich Ihre Einschätzung der konjunkturellen Lage im letzten Monat verändert?

Prof. Dr. Martin Kocher Lehrstuhlinhaber, Verhaltensökonomik und experimentelle Wirtschaftsforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München:

Leicht verbessert.

Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

Der Strukturwandel mit steigenden Freisetzungen rückt näher, die Gefahr einer weiteren De-Industrialisierung steigt.

Prof. Dr. Klaus-Dirk Henke Lehrstuhl für Finanzwissenschaft und Gesundheitsökonomie, Technische Universität Berlin:

nein

Prof. Dr. Juergen B. Donges Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität zu Köln:

Leicht gebessert

Dr. Daniel Hartmann Chefvolkswirt, Bantleon AG:

Immer mehr konjunkturelle Frühindikatoren (ifo, zew, Einkaufsmanagerindex) vollziehen eine Bodenbildung oder drehen sogar bereits nach oben. Die Hinweise, dass der konjunkturelle Tiefpunkt im 4. Quartal 2019 durchschritten wurde, haben sich mithin erhärtet.

Carsten Brzeski ING, Chefvolkswirt Deutschland:

Wenig. Die Diskrepanz zwischen starkem Konsum und schwacher Industrie besteht weiterhin.

Prof. Dr. Manfred Königstein Lehrstuhl für Angewandte Mikroökonomik, Universität Erfurt:

nein

Dr. Manfred Schweren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

nein

Prof. Dr. Norbert Berthold Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbes. Wirtschaftsordnung und Sozialpolitik, Julius-Maximilians-Universität Würzburg:

nein

Prof. Dr. Juergen von Hagen Lehrstuhl am Institut für International Wirtschaftspolitik, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn:

nein



Prof. Dr. Martin Leschke Lehrstuhl VWL V Insb. Institutionenökonomik, Universität Bayreuth:
konstant auf relativ niedrigem Niveau

Prof. Dr. Christian Bauer Professur für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Monetäre Ökonomik, Universität Trier:
nein

Dr. Michael Stahl Geschäftsführer Volkswirtschaft/Bildung, Arbeitgeberverband Gesamtmetall:
nein

Uwe Burkert LBBW, Chefvolkswirt:
Nein

Prof. Dr. Vincenz Timmermann Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre II, insb. Geldtheorie, Universität Hamburg:
Leicht verschlechtert

Prof. Dr. Michael Ahlheim Lehrstuhl für VWL, insbes. Umweltökonomie sowie Ordnungs-, Struktur- und Verbraucherpolitik, Universität Hohenheim:
Nein

Dr. Sebastian Goerg Economics, Technische Universität München :
kaum

Dr. Jochen Intelmann Chefvolkswirt, Hamburger Sparkasse Private Banking/Analyse:
nein

Dr. Boris Augurzky Kompetenzbereichsleiter Gesundheit, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:
nein

Volker Hofmann Direktor, Wirtschaftspolitik und internationale Beziehungen, Bundesverband deutscher Banken:
Nein

Prof. Dr. Ralf Fendel Lehrstuhl für Monetäre Ökonomik, WHU – Otto Beisheim School of Management:
nein

Prof. Dr. Bruno Schönfelder Lehrstuhl für Allgemeine VWL, TU Bergakademie Freiberg:
ja



Dr. Axel Buchner Lehrbefugnis für das Fach Betriebswirtschaftslehre , Universität Passau:

Nein

Prof. Dr. David Stadelmann Professur für Volkswirtschaftslehre mit Schwerpunkt Entwicklungsökonomik, Universität Bayreuth:

verschlechtert

Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang Univ.-Prof. i.R., FOM - Hochschule für Oekonomie und Management:

nein

Prof. Dr. Hans Jürgen Schlösser Zentrum für Ökonomische Bildung, Universität Siegen:

Negativ

Prof. Dr. Andreas Freytag Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik, Friedrich-Schiller-Universität Jena:

nein

Prof. Dr. Fred Wagner Institut für Versicherungslehre, Universität Leipzig:

nein

Prof. Dr. Michael Frenkel Lehrstuhl für Makroökonomik, WHU – Otto Beisheim School of Management:

Nein

Prof. Dr. Christian Schwens Betriebswirtschaftslehre , Universität zu Köln:

nein

Dr. Hendrik Leber Geschäftsführender Gesellschafter, ACATIS Anlageberatung für Investmentfonds GmbH:

Nein